

Bregenzer Deklaration für Klimaschutz und für umweltfreundliche Mobilität

Präambel:

Österreich hat sich mit der Ratifizierung des gemeinsamen Klimaabkommens von Paris dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2050 aus der Nutzung fossiler Energien auszusteigen und den Ausstoß von Treibhausgasen netto auf Null zu reduzieren. Aktuelle Emissionsszenarien des Umweltbundesamtes zeigen jedoch, dass wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind. Der Verkehr gehört dabei zu den Hauptproblemen. Er ist der einzige Sektor mit im Vergleich zum Jahr 1990 steigenden Treibhausgasemissionen. Der Vergleich macht es deutlich: Die Sektoren Gebäude und Verkehr verursachten im Jahr 1990 etwa gleich viele Treibhausgasemissionen. Durch zahlreiche Maßnahmen konnte der Bereich „Gebäude und Raumwärme“ seine klimaschädlichen Emissionen seither um 42 Prozent senken, jene des Verkehrs sind hingegen um 58 Prozent gestiegen. Die mit dem PKW gefahrenen Kilometer sind in Österreich seit dem Jahr 1990 von 55,7 auf 76,6 Milliarden Personenkilometer gestiegen, der LKW-Transport hat sich im gleichen Zeitraum sogar mehr als verdoppelt auf über 50 Milliarden Tonnenkilometer. Der Verkehrsbereich verursachte zuletzt 45 Prozent der Treibhausgasemissionen.

Damit Österreich die Klimaziele von Paris erreichen kann, sind Sofortmaßnahmen und langfristige Weichenstellungen in der Verkehrspolitik notwendig. Wir sind davon überzeugt, dass der Hebel vor allem in der Verkehrspolitik angesetzt werden muss mit der Ausrichtung: kurze Distanzen zu Fuß gehen oder das Fahrrad benutzen, bei längeren Wegstrecken auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen und wenn es nicht anders geht auf das E-Auto zurückgreifen.

Wir, die LandesklimaschutzreferentInnen, sprechen uns daher für folgende Maßnahmen aus:

- Umstieg auf alternative Antriebe bis 2050 und Verankerung eines entsprechenden Zielpfads im Rahmen der integrierten Energie- und Klimastrategie
- Weiterer Ausbau und Förderung der E-Mobilität in ihrer gesamten Bandbreite
- Schaffung eines Österreich-Verkehrstickets nach Vorbild des Schweizer Swiss-Travel-Pass
- Pilotprojektförderung für öffentlichen Verkehr und Micro-ÖV
- Steuerliche Verbesserung für Betriebliche Zuwendungen im Bereich der MitarbeiterInnenmobilität bis 500 Euro
- Steuerliche Gleichstellung von Fahrrädern und E-Fahrrädern mit E-PKWs in betrieblichem Eigentum

Finanzielle Rahmenbedingungen richtig stellen

Das österreichische Steuersystem hat in Sachen Anreize für Klimaschutz noch viel Luft nach oben. Der angepeilte globale Ausstieg aus der fossilen Energienutzung wird bei Erfolg auch zu fallenden Preisen bei fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle führen. Um keine falschen Anreize für die Nutzung fossiler Energieträger zu schaffen, die dem Dekarbonierungsziel zuwiderlaufen, ist es notwendig, mit einer entsprechenden ökosozialen Steuerreform inklusive Einführung einer CO₂-Abgabe solchen Entwicklungen entgegen zu steuern.

- Ausarbeitung von Vorschlägen für eine ökosoziale Steuerreform inkl. Abschaffung klimaschädlicher Steuerprivilegien (insbesondere Dieselbesteuerung) und Einführung einer CO₂-Abgabe im Zuge der Erstellung des Bundesbudgets für 2018 wie auch Einsatz auf EU-Ebene für die Harmonisierung/Standardisierung CO₂-Abgabe.
- Prüfung der Möglichkeiten klimaschonende Technologien, erneuerbare und klimaschonende Energieinfrastruktur und sonstige Klimaschutzmaßnahmen nicht Maastricht-wirksam finanzieren zu können.

Mag.^a Astrid Eisenkopf
Klimaschutz-Landesrätin Burgenland

Rolf Holub
Klimalandesrat Kärnten

Rudi Anschober
Klimaschutzlandesrat Oberösterreich

Dr.ⁱⁿ Astrid Rössler
Landeshauptmann-Stellv. Salzburg

Mag.^a Ingrid Felipe
Landeshauptmann-Stellv. Tirol

Johannes Rauch
Klimaschutzlandesrat Vorarlberg

Mag.^a Maria Vassilakou
Landeshauptmann-Stellv. Wien